

wenn er schreibt, die katholische Kirche habe in der DDR de facto keine Rechte besessen, die sie habe einklagen können; der Differenziertheit der Wirklichkeit der DDR dürfte – unbeschadet aller grundsätzlichen Problematik ihrer „sozialistischen Rechtsordnung“ – m. E. eher die These nahekommen, daß beide großen Kirchen in der DDR (in deren zweiter Lebenshälfte gewiß mehr als in deren erster) faktisch weit mehr Wirkmöglichkeiten und Freiräume besaßen, als ihnen bei DDR-üblicher Auslegung von Gesetzen und Verordnungen „zugestanden“ hätten, oder umgekehrt: Hätte die Staatsmacht die Kirchen tatsächlich auf das förmlich Einklagbare beschränkt, hätte es allerdings weit, weit trüber ausgesehen.

Schließlich lassen sich zum unstrittigen Befund der tiefgreifenden Säkularisierung der DDR-Bevölkerung auch andere Deutungen vornehmen, als dies *Raabe* mit den Worten tut, das Ansteigen des Anteils der Nichtchristen auf 70 Prozent sei ein spätes Ergebnis der SED-Kirchenpolitik (S. 272), die damit noch heute ihre „verwüstende Wirkung“ offenbare. Waren die Gegebenheiten im sozialistischen Deutschland auch andere als in Polen, wo die Staat-Kirche-Auseinandersetzung und die nationale Schutzfunktion des Katholizismus in den siebziger und achtziger Jahren offenkundig als retardierendes Moment des Säkularisierungsprozesses wirkten, so scheint gerade die innergesellschaftliche Entwicklung der DDR nach dem Mauerbau eine derartig monokausale Erklärung wie die von *Raabe* mindestens zu relativieren.

Martin Höllen

Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Dietz, Berlin 1996, 350 S.

Nach seinem Band über die SED-Gründung von 1946¹ untersucht der Ber-

liner Historiker *Andreas Malycha* in einer Folgestudie die Transformation der vereinigten Arbeiterpartei in eine am stalinistischen Vorbild ausgerichteten Partei neuen Typs. Der provokativ formulierte Titel „Partei von Stalins Gnaden?“ ist indes etwas irreführend, da *Malycha* schon auf den ersten Seiten anmerkt, daß seine Darstellung zur „Interaktion“ zwischen den sowjetischen Besatzern und der SED-Führung „keine neuen Erkenntnisse liefern“ könne (S. 22). Seine Studie konzentriert sich in diesem Kontext auf die Frage, mit welchen Methoden „die zentralen Weichenstellungen in der SED durchgesetzt“ wurden, ob eventuelle „Handlungsspielräume“ durch die SED-Führung „wahrgenommen und genutzt“ wurden, und wie die Kommunisten ihr marxistisch-leninistisches Parteiverständnis in der SED durchsetzten. Dabei orientiert er sich an dem in der Forschung kontrovers diskutierten Problem, inwieweit die Entwicklung der SBZ durch die Moskauer Nachkriegsplanungen vorgeprägt war, und inwieweit es sich um einen historischen Prozeß mit Alternativen handelte (S. 26ff.). Warum *Malycha* für diesen Vorgang den Begriff „Stalinisierung“ verwendet, wenn er doch eigentlich „Sowjetisierung“ in der Definition seines Potsdamer Kollegen Michael Lemke² meint, wird trotz seiner terminologischen Erörterungen nicht ersichtlich (S. 14ff.).

Einleitend skizziert der Verf. Lenins Konzeption einer „Partei neuen Typs“ mit ihrem ausgeprägten Avantgarde-Verständnis und einem streng hierarchischen Aufbau (S. 33) sowie Stalins Weiterentwicklung des Modells in Form einer brutalen Radikalisierung der Parteisäuberungen. Zum besseren Verständnis der weiteren Entwicklung der SED referiert *Malycha* an dieser Stelle noch einmal seine Ergebnisse zur Parteigründung 1945/46, wobei er besonders darauf abhebt, daß die Volksfrontpolitik der KPD eine rein taktische Funktion erfüllte, während die Partei ungebrochen am sowjetischen Modell festhielt (S. 56f.). In dieses Bild paßt es dann aber nicht, daß

er einen politischen Gegensatz zwischen Walter Ulbricht und Anton Ackermann wegen dessen Thesen über einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ konstruiert (S. 58f.). Dieselbe Ambivalenz in der Beurteilung der grundlegenden Ziele Ulbrichts begegnet dem Leser noch einmal bei *Malychas* Hinweisen auf den Zusammenhang zwischen der sozialistischen „Gesellschaftsperspektive“ und der Abgrenzung der SED-Führung gegenüber den westlichen Besatzungszonen bzw. seit 1949 gegenüber dem westdeutschen Teilstaat (S. 145). Die Frage, ob sich Ulbricht von vornherein darüber im klaren war, daß der Aufbau der „volksdemokratischen Ordnung“ „die Option für den Ostzonenstaat“ bedingte, oder ob er erst schrittweise zu der Erkenntnis kam, daß sich das sozialistische Gesellschaftsmodell nur in der SBZ verwirklichen ließ, bleibt jedenfalls offen.

Was den politischen Charakter der neugegründeten SED angeht, resümiert *Malycha* noch einmal in aller Deutlichkeit, daß es sich mit Rücksicht auf die widerstrebenden Sozialdemokraten noch nicht um eine stalinistische Kaderpartei gehandelt habe. Dagegen sprachen zunächst das Parteistatut und die Massenbasis der vereinigten Arbeiterpartei. In dem der Verfasser neben der zentralen Ebene auch die Entwicklung der Landesverbände in seine Analyse einbezieht, vermittelt er ein plastisches Bild von der mangelhaften Integration ehemaliger Sozialdemokraten und Kommunisten in der neuen Partei und von den weiterhin schwellenden Konflikten, die beispielsweise in der kontroversen Bewertung des relativ schlechten Abschneidens der SED bei den Landtagswahlen im Herbst 1946 ihren Ausdruck fanden. Daß selbst der sächsische Landesvorsitzende Otto Buchwitz als sozialdemokratisches Aushängeschild der neuen Einheitspartei eine äußerst zwiespältige Haltung zur Entwicklung der SED einnahm (S. 180f. u. 207), wurde unlängst von Wolfgang Leonhard bestätigt.³

Die Anstrengungen der kommunistischen SED-Mitglieder, die sozialdemokratischen Relikte in der Parteistruktur zu beseitigen, setzten *Malychas* Untersuchungen zufolge direkt nach der Parteigründung ein. Sie begannen mit der schrittweisen Aufwertung der Betriebsparteigruppen gegenüber den Ortsgruppen, der Stärkung der hauptamtlichen Sekretäre gegenüber den gewählten Vorständen und der Ausschaffung der Bezirksparteistrukturen, deren Verankerung im Parteistatut die Sozialdemokraten als Gegengewicht zu den zentralistischen Bestrebungen ihrer kommunistischen Genossen Anfang 1946 durchgesetzt hatten (S. 157ff.). Wie *Malycha* überzeugend belegen kann, war die Durchsetzung des „demokratischen Zentralismus“ sowjetischen Zuschnitts kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für die Umwandlung der SED in eine Staatspartei mit umfassenden Kompetenzen bei der Lenkung von Staat und Wirtschaft (S. 90).

Zum wichtigsten Mittel der Transformation der SED in eine leninistische Kaderpartei wurden die von *Malycha* ausführlich beschriebenen Parteiaübungen, denen vorrangig Sozialdemokraten, seit der politischen Eskalation 1948/49 aber auch ehemalige kommunistische Westemigranten, Buchenwald-Häftlinge und andere unabhängig denkende Kommunisten zum Opfer fielen (S. 130ff. u. 219f.).

Was für ein fundamentaler Wandel sich in der Mitgliedschaft der SED nach 1946 abspielte, zeigt der Verf. anhand statistischen Materials. Demnach stellten die ehemals dominierenden Sozialdemokraten Ende 1951 nur noch eine kleine Minderheit, was allein schon den „Charakter als Einheitspartei“ ad absurdum führte (S. 134). Noch aufschlußreicher ist aber die Feststellung, daß Ende 1951 nur noch knapp 16 Prozent der eingeschriebenen SED-Mitglieder vor 1933 einer der beiden Arbeiterparteien angehört hatten. Dieser Umbruch blieb nicht auf die Mitgliedschaft beschränkt, sondern spiegelte sich auch auf der Ebene

der Parteileitungen wider, bei deren Neuwahl im Herbst 1949 nur noch knapp 27 Prozent der ehemaligen Funktionäre wiedergewählt wurden (S. 221). Während die höheren Leitungsebenen fest in der Hand ehemaliger Kommunisten blieben (S. 223), erlebte die Partei nach 1946 einen radikalen personellen Austausch, der, wie *Malycha* zu recht schreibt, „Auswirkungen auf das weltanschaulich-politische Profil der Gesamtpartei haben“ mußte (S. 83).

Nur fragt sich der Leser an dieser Stelle, wie diese „Auswirkungen“ ausgesehen haben mögen, und mehr noch, wer die neuen Mitglieder und Funktionäre waren. Sieht man einmal von dem Zitat aus einer Erklärung des Parteivorstands vom Januar 1950 ab, daß ein Großteil der neuen Leitungsmitglieder „Arbeiter aus der Produktion und Aktivist“ (S. 223) waren, bleibt *Malycha* eine Antwort auf diese Frage schuldig. Wie schwierig es ist, den personellen Strukturwandel der SED schlüssig zu analysieren, hat Kowalczyks jüngster Versuch gezeigt,¹ der auf der Grundlage gewagter Zahlenakrobatik zu dem Schluß kam, daß der Rückgang des sozialdemokratischen Mitgliederanteils mit einer Zunahme ehemaliger „NSDAP-Mitglieder usw.“⁴⁵ korrespondierte. Daß *Malycha* gar nicht erst den Versuch unternommen hat, in dieser Frage weiterzukommen und die neuen Mitglieder, die seit den späten vierziger Jahren das Gros der „Partei neuen Typus“ stellten und ihr äußeres Erscheinungsbild bestimmten, weitgehend vernachlässigt, trübt den Eindruck seines neuen Buches, das ansonsten wichtige Ergebnisse zu den strategischen Zielen der Kommunisten und zu ihrer Auseinandersetzung mit den ehemaligen Sozialdemokraten in der SED vorstellt.

Thomas Schaarschmidt

1 A. Malycha, *Auf dem Weg zur SED. Sozialdemokratie und Einheitspartei in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone 1945/46. Eine Quellenedition*, Bonn 1995.

- 2 M. Lemke, Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld, in: APuZg B 6/97, S. 41-53.
- 3 W. Leonhard, Was geschah am 13. Juni 1947? Der ungeklärte Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs, in: Deutschland Archiv 30 (1997), S. 782.
- 4 I.-S. Kowalczyk, „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!“ Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag, in: I.-S. Kowalczyk/A. Mitter/S. Wolle (Hrsg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin ²1996, S. 171-242.
- 5 Ebenda, S. 239. Zu „usw.“ gehören für Kowalczyk auch alle ehemaligen HJ- und BDM-Mitglieder (vgl. S. 237).

Christoph Meyer, Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954–1972), Olzog Verlag, Landsberg am Lech 1997, 490 S.

Zu den wenigen Kräften, die in den Jahrzehnten der deutschen Teilung den Willen zur Wiedervereinigung beharrlich am Leben zu erhalten versuchten, zählten das Kuratorium Unteilbares Deutschland und sein geschäftsführender Vorsitzender Schütz. In der Bundesrepublik trat das Kuratorium vor allem durch demonstrativ-propagandistische Aktionen am 17. Juni, dem früheren „Tag der deutschen Einheit“, in Erscheinung – Grund genug, um von der SED als „revanchistische“ Organisation attackiert zu werden. Wie Meyer in seiner Kölner Dissertation zeigt, erschöpfte sich die Tätigkeit des Kuratoriums jedoch keineswegs darin, einem ritualisierten „Wiedervereinigungsnationalismus“ zu fröhnen, und der Vorsitzende gehörte sogar zu den Vordenkern der Neuen Ostpolitik.

Die Arbeit basiert zum größten Teil auf unveröffentlichten Quellen aus den einschlägigen staatlichen und parteinahen Archiven – zu nennen sind neben dem Bestand des Kuratoriums im Bun-